

Landesinfo**EXTRA** Baden-Württemberg

Unser Steuerkonzept

Wir entlasten die, die viel leisten und wenig verdienen! Mehr zahlen hingegen jene, die ohnehin genug haben.

DIE LINKE steht für Steuergerechtigkeit. Als Faustregel gilt: Wer weniger als 6.500 Euro brutto verdient, hat mit unserem Steuerkonzept mehr in der Tasche. Wer ein höheres Einkommen hat, zahlt dafür mehr Steuern. Die wirklichen Leistungsträger in der Gesellschaft, also die Pflegekräfte, die Busfahrer:innen, die Verkäufer:innen und Facharbeiter:innen haben damit im Schnitt 100 Euro pro Monat mehr auf dem Konto. Leute mit riesigen Einkommen zahlen dafür mehr Steuern. Wir finden: Das ist fair. Denn wer viel verdient, kann mehr beitragen.

Wer von unserem Steuerkonzept profitiert:

Wer als Pflegekraft mit 3.500 Euro brutto allein eine vierköpfige Familie ernährt, hat mit dem LINKEN Steuerkonzept 4.500 Euro netto mehr im Jahr zur Verfügung. Ein alleinstehender Busfahrer mit etwa 2.500 Euro brutto im Monat hat 1.150 Euro netto mehr im Jahr. Ein Facharbeiter, der mit Wechselschichtzuschlägen auf rund 4.700 Euro brutto im Monat kommt, und seine Frau, die in Teilzeit als Verkäuferin arbeitet, die zwei Kindern haben und zusammen auf rund 6.250 Euro brutto im Monat kommen, haben 3.450 Euro netto mehr im Jahr. Ein Lehrerehepaar mit zwei Kindern, die zusammen auf 10.000 Euro brutto im Monat kommen, haben 3.515 Euro netto mehr im Jahr zu Verfügung. Eine alleinerziehende Erzieher:in mit einem Kind, die 3.000 Euro brutto im Monat verdient und vom Kindsvater Unterhalt bekommt, hat 1.820 Euro netto mehr im Jahr.

Dafür zahlen eine Anwältin und ein Unternehmensberater ohne Kinder, die zusammen 25.000 Euro brutto im Monat verdienen (300.000 Euro im Jahr), nach unserem Konzept 14.888 Euro mehr Einkommensteuer im Jahr. Das sind 1.241 Euro mehr im Monat. Wir halten das bei hohen Einkommen für vertretbar und gerecht.

Und wir sorgen auch dafür, dass die öffentlichen Haushalte ordentlich finanziert werden. Die Steuerentlastungskonzepte von Union und der FDP sind hingegen völlig unseriös - und offener Klassenkampf von Oben: Sie wollen für die Reichsten die Steuern senken und Millionären Geld aus dem Staatshaushalt schenken. Sie rauben den öffentlichen Haushalten damit zwischen 33 und 88 Milliarden Euro jährlich, die dringend für

Die Afghanistan-Katastrophe

Hier dokumentieren wir in gekürzter Form, aus aktuellem und dringlichem Anlass, Äußerungen unserer Bundestagsabgeordneten

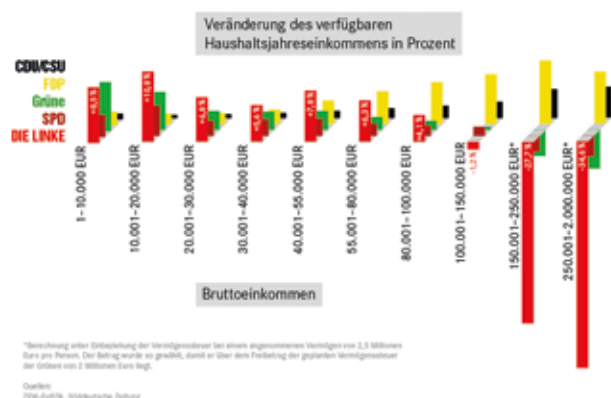
Tobias Pflüger: Deutschland für Afghanistan-Katastrophe mit verantwortlich

Die Bundesregierung hat bei der Evakuierung schutzsuchender Menschen aus Afghanistan auf ganzer Linie versagt. Das Auswärtige Amt hat es, trotz eines entsprechenden Auftrags des Kabinetts, wochenlang versäumt, Evakuierungspläne vorzulegen. Die Bundeswehr hat bei ihrem Abzug aus Afghanistan zwar Rest-Bier und Gedenksteine "gerettet", aber kaum Ortskräfte. Der Schlamassel, der jetzt besteht, ist also sehenden Auges von der Bundesregierung in Kauf genommen worden. Wichtig ist es jetzt, unbürokratisch und direkt den Menschen zu helfen, die gefährdet sind. Das sind nicht nur diejenigen, die mit der einen oder anderen westlichen staatlichen Organisation zusammengearbeitet haben. Diese Gefährdung besteht für sehr viele Menschen in Afghanistan und für Menschen auf der Flucht.

Mehr für die Mehrheit.

Die Vorschläge der LINKEN entlasten niedrige und mittlere Einkommen am stärksten. Union und FDP machen Politik nur für die Spitzenverdiener.

DIE LINKE.



gute Schulen, Krankenhäuser und den ökologischen Umbau der Gesellschaft gebraucht werden.

Union und FDP täuschen die Wähler:innen

CDU und FDP sagen auch nicht, wie sie die Lücken im Haushalt finanzieren wollen. Das ist Irreführung der Wähler:innen. Denn so verschleiern sie, dass soziale Leistungen für normale Leute nach der Wahl gekürzt werden sollen. Anders sind ihre Steuergeschenke an die Reichen kaum zu finanzieren. Dass Grüne und SPD trotzdem weiterhin mit ihnen koalieren wollen, zeigt, dass nur eine starke LINKE die Versicherung dafür ist, dass es Geld für die nötigen Investitionen und nicht die nächste Runde Sozialabbau gibt. Denn unsere Reform der Einkommensteuer ist aufkommensneutral. Wir wollen damit nicht mehr Geld für die öffentlichen Haushalte einnehmen, sondern die Lasten gerechter verteilen.

Unser Konzept im Einzelnen, auch mit Beispielrechnungen, gibt es hier: <https://www.die-linke.de/themen/steuern/gerechte-einkommensteuern/>

Deswegen fordere ich die Bundesregierung auf jetzt alles dafür zu tun, den Flüchtenden aus Afghanistan zu helfen. Ehemalige Ortskräfte, ihre Familien und andere Gefährdete können häufig gar nicht über den Flughafen Kabul ausreisen.

Zwanzig Jahre westliche Kriegsbeteiligung und Militärpräsenz in Afghanistan sind umfassend gescheitert. Jetzt gilt es, diesen Fehler aufzuarbeiten und alles dafür zu tun, dass schutzsuchende Menschen aus Afghanistan nicht den Preis dafür bezahlen, dass sie vor Ort mit westlichen Organisationen kooperiert oder dass sie sich für Menschenrechte eingesetzt haben.

Heike Hänsel: Menschen- und Frauenrechte können nicht herbeigebombt werden.

Die 20jährige deutsche Kriegsbeteiligung in Afghanistan war eine einzige Katastrophe und ist auf ganzer Linie gescheitert. Wenige Wochen nach dem Abzug der ausländischen Truppen ist ganz Afghanistan einschließlich der Hauptstadt Kabul in den Händen der Taliban. Die weitgehend widerstandslose Einnahme des gesamten Landes

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Einige unserer Wahlkampftermine:

Auflistung unter: <https://www.die-linke-bw.de/start/termine/>

Stuttgart

1. September 2021 17:00 Uhr

Am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus

Antikriegstag mit Claudia Haydt

Mannheim

3. September 2021 17:00 Uhr

Am Alten Messplatz

Damit Wohnen nicht zum Luxus wird: Mieten deckeln

mit Caren Lay und Gökay Akbulut

Veranstaltungen mit Janine Wissler, Bernd Riexinger und Gökay Akbulut
Karlsruhe

11. September 2021 13:00 Uhr

17:00 Uhr in Heidelberg, 19:00 Uhr in Mannheim

14. September 2021 15:00 Uhr in Esslingen, 17:00 Uhr in Stuttgart, 20:00 Uhr in Reutlingen

15. September 2021 12:00 Uhr in Freiburg

Öhringen

18. September 2021 18:00 Uhr

Sozial und Klimagerecht: Bernd Riexinger und Gökay Akbulut

Stuttgart

21. September 2021 18:00 Uhr

Wahlkampfveranstaltung mit Gregor Gysi

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint mehrmals im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Beilage: Die Bundeswahlzeitung der LINKEN

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, Fax: 0711/241046 Mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Walter Kubach, David Schecher, Bernhard Strasdeit (verantwortlich), Claudia Haydt

Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, Leser*innenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Druck: VisitYou.de, Stuttgart

www.die-linke-bw.de

Geschäftsstelle: DIE LINKE Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, Fax: 0711/241046 Mail: info@die-linke-bw.de

zeigt auch, wie wenig akzeptiert die von der NATO gestützte und mit Milliarden Geldern finanzierte korrupte Zentralregierung im Land war. Das Konzept des sogenannten „nation building“ ist grandios gescheitert.

Demokratie, Menschen- und Frauenrechte können nicht von außen herbeigebracht werden, das hat die engagierte Frauenrechtlerin und ehemalige afghanische Parlamentarierin Malalai Joya immer wieder kritisiert. Malalai Joya war vielfach auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und auch in Tübingen zu Gast. Dieser Kriegseinsatz, begonnen unter der rot-grünen Bundesregierung 2001 in „uneingeschränkter Solidarität mit den USA“, muss umfassend aufgearbeitet und Lehren daraus gezogen werden. Da können wir nicht einfach

zur Tagesordnung übergehen im Hinblick auf weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr. Seit Juni behindert die Bundesregierung, trotz gegenteiliger Ankündigung von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, die schnelle Ausreise afghanischer Ortskräfte durch bürokratische Hürden. Nun verzögert sie erneut eine schnelle Evakuierung durch zivile Charterflüge und will stattdessen erneut die Bundeswehr schicken. Dieses Hinhalten ist schlicht nur noch verantwortungslos.



Corona-Tests müssen kostenfrei bleiben

Sahra Mirow, Landessprecherin der LINKEN. Baden-Württemberg, sagte im Vorfeld der Tagung des baden-württembergischen Sozialausschuss zu Kretschmanns Ankündigung, Corona-Test künftig nicht mehr kostenfrei zur Verfügung zu stellen: „So lange es eine Testpflicht gibt, müssen Corona-Tests auch kostenlos angeboten werden. Die aktuelle Diskussion verunsichert und trägt nicht dazu bei, dass sich mehr Menschen impfen lassen. Wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir die Frage der kostenlosen Tests mit dem Impfen vermengen. Wenn die kostenfreien Tests wegfallen, trifft das die Schwächsten in

unserer Gesellschaft am härtesten. Studien zeigen, dass die Impfquote besonders dort gering ist, wo Menschen mit niedrigen Einkommen wohnen. Diesen Menschen müssen wir Informationen, Aufklärung und mobile Impfangebote anbieten und nicht mit noch mehr Kosten Angst einjagen. Statt jetzt die kostenfreien Tests abzuschaffen, fordern wir eine Impfprämie über 50-Euro-Gutscheine für den stationären Einzelhandel. Das ist nicht nur ein Anreiz fürs Impfen, sondern kurbelt auch den innerstädtischen Einzelhandel an, der besonders hart durch die Corona-Krise getroffen wurde.“

LINKE unterstützt Betriebsräte bei Bosch und den Zulieferern

Wir müssen das Klima und die Arbeitsplätze schützen.

Der ehemalige Vorsitzende der Partei DIE LINKE und Spitzenkandidat für Baden-Württemberg bei den Bundestagswahlen, Bernd Riexinger, unterstützt die Forderung des Konzernbetriebsratsvorsitzenden von Bosch nach Sicherung der Arbeitsplätze und Standorte. Auch dessen Sichtweise, dass die Politik Verantwortung für den sozialen Wandel hat. Riexinger: „Die Transformation zur Elektromobilität darf nicht auf dem Rücken der Belegschaften in der Automobilindustrie und den Zulieferern ausgetragen werden. Standortschließungen, Verlagerungen meist nach Osteuropa und massiver Arbeitsplatzabbau sind der falsche Weg. Die Belegschaften brauchen soziale Sicherheit und nicht das Schüren von Zukunftsängsten.“

Die Regierung müsse die Gewährung staatlicher Gelder, auch von Kurzarbeitergeld stärker an Standort- und Arbeitsplatzsicherheit knüpfen fordert Riexinger. Außerdem sei dringend eine Qualifizierungsoffensive notwendig. DIE LINKE

fordert die Möglichkeit nach einer bis zu zweijährigen Weiterbildung mit einem Qualifizierungsgeld von 90 Prozent. Statt Menschen müssten Stunden entlassen werden. „Arbeitszeitverkürzung und eine Brücke in den Ruhestand sind allemal besser als arbeitslos zu werden“, so Riexinger. Dringend wäre auch eine Erweiterung der Mitbestimmung bei Standort-schließungen, Verlagerung und massivem Abbau von Arbeitsplätzen.

Den Automobilstandorten in Baden-Württemberg drohe ein enormer Aderlass. Bereits jetzt werden Standorte geschlossen, wie Bosch in Bietigheim, Mann & Hummel, Eberspächer, Magna, Komet oder droht massiver Arbeitsplatzabbau, wie bei Mahle-Behr in Stuttgart. Riexinger: „Wir befinden uns am Anfang eines massiven Transformationsprozesses, der zu Lasten der Belegschaften und Regionen geht, wenn nicht gegengesteuert wird. Die kleinen Zulieferer werden die Transformation kaum stemmen können. Deshalb wollen wir die Einrichtung eines Industriefonds zur Unterstützung kleiner und mittelständischer Zuliefererbetriebe.“

Landesliste zur Bundestagswahl: ein prima Team

Bernd Riexinger und Gökay Akbulut führen die Landesliste der LINKEN an

Die Landesvertreter:innen-Versammlung hat am 9. Mai in Leinfelden-Echterdingen die Landesliste Baden-Württemberg für die Bundestagswahl nominiert. Auf Platz 1 wurde der langjährige Parteivorsitzende und Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Bernd Riexinger (65 Jahre) mit 82% der Stimmen gewählt. Gökay Akbulut (38 Jahre), Bundestagsabgeordnete aus Mannheim, wurde mit 78% der Stimmen auf Platz 2 gewählt. Sahra Mirow, Landessprecherin, gratulierte: „Bernd Riexinger und Gökay Akbulut sind ein tolles Spitzenduo für Baden-Württemberg. Bernd Riexinger hat unsere Partei als Parteivorsitzender zu einer modernen Mitmach- und Mitgliederpartei vorangebracht. Er hat sich hier im Südwesten aber vor allem als profiliertes Gewerkschafter einen Namen gemacht. In den letzten Monaten konnte er über 100 Gewerkschafter:innen in Baden-Württemberg gegen den Abbau von Industriearbeitsplätzen und für einen linken Green New Deal versammeln. Baden-Württemberg steht als Industriestandort vor großen Herausforderungen. Mit Bernd Riexinger haben wir einen Spitzenkandidaten, der auf die sozialen und ökologischen Fragen unserer Zeit Antworten gibt, die die Menschen zusammenbringen und nicht weiter spaltet.“

Landessprecher Dirk Spöri: „Auf Platz zwei kandidiert Gökay Akbulut. Sie ist Sprecherin für Integration und Migration in der Linksfraktion im Bundestag und setzt sich für soziale Gerechtigkeit für alle Menschen, die hier leben ein - unabhängig von ihrer Herkunft, des Geschlechts oder der Hautfarbe. Fast ein Drittel der Menschen in Baden-Württemberg haben eine Migrationsgeschichte, in politischen Ämtern sind sie stark unterrepräsentiert.

Gökay Akbulut ist nicht nur ein großartiges Vorbild für Menschen mit Migrationsgeschichte, sie setzt sich auch aktiv dafür ein, dass struktureller Rassismus und Diskriminierungen bekämpft werden. Sie hat in ihrem Wahlkreis Mannheim die Hartz-IV-Beratung mit aufgebaut und engagiert sich für Bildungsgerechtigkeit. Die Gleichstellung der Geschlechter und gleiche Bezahlung von Frauen und Männern ist ihr ein besonderes Anliegen. Wir freuen uns mit Bernd Riexinger und Gökay Akbulut in den kommenden Bundestagswahlkampf zu ziehen!“

DIE LINKE. Baden-Württemberg ist bisher mit sechs Abgeordneten im Bundestag vertreten und strebt bei der Bundestagswahl im September eine Vergrößerung der Landesgruppe an. Auf den Plätzen drei bis acht kandidieren die Bundestagsabgeordneten Jessica Tatti (Platz 3), Michel Brandt (Platz 4), Heike Hänsel (Platz 5) und Tobias Pflüger (Platz 6). Auf Platz sieben und acht kandidieren die Heidelberger Stadträtin Zara Dilan Kızıltaş und der 46-jährige Messebauer Ecevit Emre.

„Jessica Tatti (39 Jahre) ist seit 2017 im Mitglied im Bundestag und Sprecherin für Arbeit 4.0 der Linksfraktion. Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpft sie für gute Arbeit und steht wie aktuell in den Tarifverhandlungen im Einzel- und Versandhandel stets an der Seite der Beschäftigten. Die langjährige Außen- und Friedenspolitikerin Heike Hänsel (55 Jahre) ist Leiterin des Arbeitskreises Außenpolitik der Linksfraktion im Bundestag. Nicht zuletzt mit ihrer Solidaritätsarbeit und ihrem Einsatz für den Wikileaksgründer Julian Assange hat sie in den letzten Jahren wichtige Arbeit geleistet. Zara Dilan Kızıltaş (21 Jahre) ist Lehramtsstudentin und Stadträtin in Heidelberg. Sie kämpft im antirassistischen und feministischen Bünd-

nissen für eine gerechte Gesellschaft,“ so Sahra Mirow.

„Der 30-jährige Schauspieler und Menschenrechtsaktivist Michel Brandt ist ebenfalls seit 2017 Mitglied im Bundestag. Er gründete die Seebrücke mit und ist Obmann der der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe sowie stellvertretender Vorsitzender im Migrationsausschuss des Europarats und Menschenrechtsaktivist. Der stellvertretende Parteivorsitzende Tobias Pflüger (56 Jahre) ist verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag. Als Bundestagsabgeordneter gelang es ihm die Aufklärung rechts-extremer Netzwerke in der Bundeswehr, insbesondere in der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK) voranzutreiben. Ecevit Emre (46 Jahre) ist Messebauer und Bundessekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschlands, er setzt sich für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft ein,“ so Dirk Spöri, Landessprecher der LINKEN. Baden-Württemberg.

Unsere Landesliste besteht aus zehn Frauen und zehn Männern. Sie zeigt die Vielfalt und Stärke unserer Partei. Sie besteht aus profilierten Bundespolitiker:innen, engagierten Kommunalpolitiker:innen, Friedensaktivist:innen und Beschäftigten aus unterschiedlichen Bereichen, unter anderem aus der Pflege.

Landesliste: 1. Bernd Riexinger, 2. Gökay Akbulut, 3. Jessica Tatti, 4. Michel Brandt, 5. Heike Hänsel, 6. Tobias Pflüger, 7. Zara Dilan Kızıltaş, 8. Emre Ecevit, 9. Imke Pirch, 10. Luigi Pantisano, 11. Jasmin Scheiwanthi Runge, 12. Sander Frank, 13. Johanna Tiarks, 14. Hüseyin Şahin, 15. Meltem Celik, 16. Anil Besli, 17. Emma Weber, 18. Jörg Rupp, 19. Sibylle Röth, 20. Tim Steckbauer.

Bitte unterstütze uns mit deiner Spende

Liebe Mitglieder in Baden-Württemberg liebe Freundinnen und Freunde der LINKEN,

Wahlkämpfe und Sichtbarkeit vor Ort kosten eine Menge Geld. Geld für Aktionen, Veranstaltungen, Soziale Medien, Flyer, Anzeigen und Plakatierung. Wir möchten im Wahlkampf als Linke wahrgenommen werden. Anders als Grüne, CDU, SPD und FDP in Baden-Württemberg erhalten wir keine Unternehmensspenden von Konzernen wie Daimler, der Rüstungsindustrie oder aus dem Arbeitgeberverband Südwestmetall. Jede Spende von Mitgliedern und aus unserem Umfeld hilft! Auch ein geringerer Betrag trägt dazu bei, die politische Arbeit im Wahlkreis und die aktiven Mitglieder im Wahlkampf zu unterstützen. Zur Bundestagswahl haben wir eine gute Landesliste und aktive Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen. Entscheidend für unsere zukünftige Landesstärke im Bundestag ist ein gutes Zweitstimmenergebnis im Land Baden-Württemberg. Unser Ziel ist es, wieder mit einer sechsköpfigen Landesgruppe im Bundestag vertreten zu sein und das Bundesland auch in der Fläche weiter von links zu erschließen.

Geschäftsführender Landesvorstand: Elwis Capece, Kathleen Kamprath, Sahra Mirow, Heidi Scharf, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit

Bankverbindung: DIE LINKE BaWü

IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00, Postbank Stuttgart; BIC: PBNKDEFF

Bitte nenne Verwendungszweck (Spende), Vorname, Name, Adresse

Die Hälfte bekommst du zurück - Steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden:

Spenden und Beiträge an DIE LINKE können bei der Einreichung an das Finanzamt steuerbegünstigt berücksichtigt werden. Die Hälfte zahlt das Finanzamt zurück! Spendenbescheinigungen stellen wir jeweils nach Ablauf des Kalenderjahres aus. Nach dem Einkommensteuergesetz (EStG) sind Zuwendungen von natürlichen Personen (Spenden, Mandatsträger- und Mitgliedsbeiträge) an politische Parteien wie folgt steuerlich abzugsfähig: Zuwendungen bis zu einer Höhe von 1.650,- €, bei zusammen veranlagten Ehegatten 3.300,- € jährlich, werden nach dem EStG § 34 g berücksichtigt, indem 50% des zugewendeten Betrages, d.h. max. 825,- € bzw. 1.650,- €, von der Steuerschuld abgezogen werden. Außerdem sind Zuwendungen an politische Parteien bis zu einer Höhe von 1.650,- € bzw. 3.300,- € nach dem EStG § 10 b Absatz 2 steuerlich abzugsfähig. Sie können als Sonderausgaben geltend gemacht werden, soweit für sie nicht eine Steuerermäßigung nach § 34 gewährt worden ist.

